

Merkblatt zu den datenschutzrechtlichen Vorgaben

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit dem 25.05.2018 gilt die Datenschutz-Grundverordnung DSGVO als unmittelbar geltendes Recht auch für die Kreisverwaltung des Rhein-Hunsrück-Kreises als Behörde. Die Vorschriften der DSGVO werden durch Regelungen des Landesdatenschutzgesetzes (LSDG) und fachspezifischer Datenschutzregelungen wie z. B. dem Sozialgesetzbuch ergänzt.

Im Rahmen seiner Verantwortlichkeit als Behörde, die über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung personenbezogener Daten entscheidet, ist die Kreisverwaltung des Rhein-Hunsrück-Kreises verpflichtet, die datenschutzrechtlichen Bestimmungen einzuhalten.

Personenbezogene Daten sind dabei alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person („betroffene Person“) beziehen.

Die Kreisverwaltung des Rhein-Hunsrück-Kreises verarbeitet als zuständige Behörde Ihre personenbezogenen Daten. Wir informieren Sie deshalb, welche personenbezogenen Daten wir erheben, zu welchen Zwecken wir die Daten erheben und über weitere Hintergründe zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Darüber hinaus informieren wir Sie über Ihre Rechte im Datenschutz und Ihre Ansprechpartner der Kreisverwaltung des Rhein-Hunsrück-Kreises für Fragen zur Verarbeitung Ihrer Daten und zu Ihren Rechten.

1. Die Kreisverwaltung des Rhein-Hunsrück-Kreises:

Das Sachgebiet 23.1 der Kreisverwaltung des Rhein-Hunsrück-Kreises umfasst die Leistungen der Eingliederungshilfe nach den §§ 90 ff. SGB IX sowie die existenzsichernden Leistungen nach dem SGB XII für Personen, die in einer besonderen Wohnform leben.

2. Kontaktdaten Datenschutz:

Kreisverwaltung des Rhein-Hunsrück-Kreises, Datenschutz, Ludwigstr. 3-5, 55469 Simmern,
Telefon: 06761/82-123,
E-Mail: datenschutz@rheinhunsrueck.de

3. Zu welchen Zwecken verarbeiten wir personenbezogene Daten?

Ihre personenbezogenen Daten werden zur Bearbeitung Ihres Antrages auf Leistungen der Eingliederungshilfe nach den §§ 90 ff. SGB IX sowie Ihres Antrages auf existenzsichernde Leistungen nach dem SGB XII für Personen, die in einer besonderen Wohnform leben, erhoben und verarbeitet. Dies beinhaltet auch die Verarbeitung von personenbezogenen Daten bei der Durchsetzung von auf den Sozialhilfeträger/Träger der Eingliederungshilfe übergegangenen Ansprüchen sowie bei der Durchführung von Erstattungsansprüchen anderer Sozialleistungsträger oder anderer Stellen und ggf. zu Prüfzwecken durch den Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshof Rheinland-Pfalz sowie der Bekämpfung von Leistungsmissbrauch.

4. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?

Wir verarbeiten alle Daten, die in unserer EDV-Fachanwendung Care 4 des Dienstleisters INFOsys Kommunal, Im Teich 11, 66459 Kirkel-Limbach erfasst werden. Hierunter fallen insbesondere Stammdaten inklusive Kontaktdaten wie Aktenzeichen, Name und Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Rentenversicherungsnummer und Bankverbindung. Weiterhin verarbeiten wir Daten zur Leistungsgewährung und zum Rückgriff wie Einkommens- und Vermögensnachweise, Leistungszeitraum, -höhe, -art sowie Daten zur Kranken- und Pflegeversicherung.

5. Wie erheben wir Ihre personenbezogenen Daten?

In erster Linie werden Ihre personenbezogenen Daten durch Sie selbst mitgeteilt und erhoben, beispielsweise in Form von Anträgen, Vordrucken, Erklärungen, Mitteilungen und sonstigen Schreiben. Eine Erhebung bei Dritten erfolgt nur, wenn und soweit dies gesetzlich zulässig und zur Erfüllung unserer dienstlichen Aufgaben erforderlich ist. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn dies einen unverhältnismäßigen Mehraufwand bedeuten würde oder dies durch bestimmte Rechtsvorschriften vorgeschrieben ist. Weitere Informationen hierzu können Sie § 67 a des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X) entnehmen.

6. Welche Empfänger erhalten personenbezogene Daten?

Alle personenbezogenen Daten, die wir im Rahmen unserer gesetzlichen Verpflichtungen verarbeiten, werden von uns nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zugelassen ist oder Sie in die Übermittlung

eingewilligt haben. Im Gesamtplanverfahren können dies z. B. die Pflegekasse, die Träger für die Leistungen für die Hilfe zur Pflege bzw. für Leistungen zur Grundsicherung, Gesundheitsämter, die Betreuungsbehörde und ggf. (künftige) Leistungserbringer sein. Im Rahmen der Teilhabeplanung können dies zusätzlich auch die anderen Träger der Rehabilitation sein, wie z. B. die Krankenkasse oder der Rentenversicherungsträger. Die Grundsätze zur Übermittlung von Sozialdaten können Sie in den §§ 67 d – 77 SGB X nachlesen. Sozialdaten dürfen nur an die in § 35 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I) genannten Stellen übermittelt werden, wenn diese Aufgaben nach dem Gesetz I wahrnehmen und die Übermittlung zur Erfüllung der Zwecke erforderlich ist.

7. Wie lange werden personenbezogene Daten verarbeitet?

Wir verarbeiten gemäß § 67 c SGB X Ihre personenbezogenen Daten nur so lange, wie sie für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich sind. Die Verarbeitung erfolgt dabei im Rahmen und unter Einhaltung der gesetzlichen Lösungs- und Verjährungsfristen. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn Sie länger als 10 Jahre keine Leistungen mehr in Anspruch genommen haben. Wenn zu diesem Zeitpunkt noch offene Forderungen bestehen sollten, wie beispielsweise Erstattungsansprüche, ein Darlehen oder Rückforderungen werden die Daten nach Ablauf der entsprechenden gesetzlichen Verjährungsfristen (i. d. R. 30 Jahre) gelöscht.

8. Welche Rechte haben Sie als betroffene Person?

Die DSGVO gewährt Ihnen verschiedene Rechte, die im Nachfolgenden kurz aufgeführt sind. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte den Artikeln 15 bis 18 und 20, 21 der DSGVO.

Recht auf Auskunft:

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Antrag sollten Sie Ihr Anliegen vortragen, um das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.

Recht auf Berichtigung:

Sollten Ihre personenbezogenen Daten nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, können Sie eine Berichtigung oder Vervollständigung verlangen.

Recht auf Löschung:

Sie können die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch hängt u. a. davon ab, ob die betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung:

Sie können die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

Recht auf Widerspruch:

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Allerdings können wir dem nur nachkommen, wenn an der Verarbeitung kein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder keine Rechtsvorschrift uns zur Verarbeitung verpflichtet.

Widerruf der Einwilligung:

Erfolgt die Verarbeitung Ihrer Daten aufgrund einer Einwilligung, haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

Beschwerderecht:

Jede betroffene Person kann sich unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wenden:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Prof. Dr. Dieter Kugelman, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Telefon:+49 (0) 6131 208-2449, Telefax: +49 (0) 6131 208-2497, Webseite: <https://www.datenschutz.rlp.de>, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de

9. Hier finden Sie weiterführende Informationen

Weiterführende Informationen finden Sie auf unserer Homepage unter <http://www.msagd.rlp.de> und auf der Homepage des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz unter <http://www.datenschutz.rlp.de>.